

RUNDBRIEF

38 September
2016

Netzwerk Frauen /Mädchen und Gesundheit Niedersachsen



Seite 5

Aktuelles

Netzwerktagung zu
geflüchteten Frauen
und Mädchen



ab Seite 16

Regionales

Förderung der
natürlichen Geburt



Seite 27

Termine im Überblick



Rundbrief 38 des Netzwerkes Frauen / Mädchen und Gesundheit Niedersachsen
September 2016

c/o Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.
Fenskeweg 2
30165 Hannover
Tel.: 0511 / 388 11 89 - 5
E-Mail: ute.sonntag@gesundheit-nds.de

Redaktion:

Ursula Jeß, Julia Bast, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Birgit Vahldiek, SoVD-Landesverband Niedersachsen e. V.
Hildegard Müller, pro familia Landesverband Niedersachsen e. V.
Edith Ahmann, Dr. Angelika Voß, Frauen- und MädchenGesundheitsZentrum Region Hannover e. V.
Dr. Ute Sonntag, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Beiträge:

Edith Ahmann, Julia Bast, Hildegard Müller, Dr. Ute Sonntag, Ursula Jeß, Marianne Tjarks, Birgit Vahldiek,
Dr. Angelika Voß

Der Rundbrief ist Informationsmedium von und für Mitgliedsfrauen des Netzwerkes Frauen / Mädchen und Gesundheit Niedersachsen. Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Autorin wieder, nicht unbedingt die der Redaktion.

Dieser Rundbrief ist unter www.gesundheit-nds.de und www.ms.niedersachsen.de als PDF eingestellt.
<http://tinyurl.com/l9pvn7g>

Liebe Frauen, liebe Netzwerkmitglieder,

trotz aller Fortschritte in der Frauen- und Mädchengesundheit sind nach wie vor zahlreiche Missstände zu beklagen. Ganz besonders deutlich wird dies in der Geburtshilfe durch Schließung von Geburtsabteilungen und Verdrängung der Hebammen. Als positives Gegenstück ist das Modellprojekt „Förderung der natürlichen Geburt“ zu betrachten, das das Vertrauen von Frauen in ihre eigene Gebärfähigkeit stärken soll. Eine Alternative zu fehlenden Großmüttern und Müttern sind ebenso die neuentstandenen Erzählcafés, die Erzählkultur, das Zuhören und den Erfahrungsaustausch wieder etablieren. Erzählcafés sind eine spannende und gern genutzte Einrichtung, die weiter Nachahmerinnen sucht, wie auch das Frauen- und MädchenGesundheitsZentrum Region Hannover e. V. berichtet.

Auch wenn sich die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge seit dem letzten Jahr merklich reduziert hat, bedeutet das keineswegs ein Ende der Herausforderungen für hauptamtliche und ehrenamtliche Helferinnen. Grund genug für das Netzwerk, die gesundheitliche Situation, Versorgung und Perspektiven von geflüchteten Frauen und Mädchen näher zu beleuchten. Einen Austausch unter dieser Fragestellung bot die 29. Fachtagung des Netzwerks Frauen/Mädchen und Gesundheit am 31. Mai diesen Jahres in Oldenburg. Die große Resonanz zeigt ein nach wie vor starkes Interesse von verschiedensten Experten und Expertinnen, Organisationen, Beratungs- und Hilfseinrichtungen. Die 30. Netzwerktagung wird deshalb noch in diesem Jahr am 25. Oktober in Göttingen das Thema erneut aufgreifen.

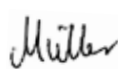
Viel Spaß beim Lesen!

Dr. Angelika Voß, Netzwerkmitglied, FMGZ Region Hannover

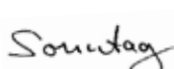
Ihre Trägerorganisationen des Netzwerkes



Ursula Jeß
Nds. Ministerium für
Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



Hildegard Müller
pro familia
Landesverband
Niedersachsen e. V.



Dr. Ute Sonntag
Landesvereinigung
für Gesundheit und
Akademie für Sozialmedizin
Niedersachsen e. V.



Birgit Vahldiek
SoVD-
Landesverband
Niedersachsen e. V.

Aktuelles	5
In eigener Sache	5
Netzwerktagung zu geflüchteten Frauen und Mädchen im Oktober in Göttingen	5
„Geflüchtete Mädchen und Frauen“	6
Verschreibung von Anti-Baby-Pillen der dritten und vierten Generation noch immer ungebremst!	7
Ärztliche Versorgung behinderter Frauen: der Handlungsbedarf ist groß	8
Früherkennung, Vorsorge und kostenpflichtige Zusatzleistungen	10
Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts	11
Queergesund – Gesundheitsförderung für lesbische, bisexuelle und queere Frauen*	13
Verbände kritisieren BGH-Entscheidung	14
Das „Netzwerk Krisen rund um die Geburt Hannover“ hat jetzt eine Homepage	15
Regionales	16
Förderung der natürlichen Geburt	16
Anhörung zur Situation der Hebammen in der Region Hannover	17
Aufruf: Selbstbestimmt Kinderkriegen kinderleicht gemacht!	18
Migrantinnengruppe Ottersberg „Ressourcen und Potenziale stärken“	19
Die Erzählcafés	22
Mediothek	25
Termine	27

In eigener Sache

Frauen sind keine homogene Masse, die alle die gleiche gesundheitliche Versorgung benötigen. Gleichzeitig sind wir gefordert, über die gewohnte duale Geschlechtlichkeit hinaus zu denken. Individualität und inter- wie intrageschlechtliche Unterschiede als Bisexuelle, Lesben, Inter- und Transfrauen*, als Menschen mit und ohne Behinderung, als Migrantinnen oder geflüchtete Frauen erfordern differenzierte Umgangsweisen. Diese Vielfalt spiegelt sich in den verschiedenen Beiträgen dieses Rundbriefes wieder.

Geschlechtergerecht auch in der Sprache zu sein, ist uns ein wichtiges Anliegen. Sichtbarkeit über Sprache schafft Bewusstsein bzw. deren Wandel. Bisher haben wir das mit dem Nennen der weiblichen und der männlichen Form umgesetzt, um Männer und Frauen gleichermaßen anzusprechen. Inzwischen hat sich gesellschaftlich Vieles weiterentwickelt, so dass Geschlecht nicht mehr allein auf Mann und Frau reduziert werden kann. Nun möchten wir auch all die Menschen einbeziehen, die sich geschlechtlich nicht eindeutig als Mann oder Frau verorten können oder wollen. Wir glauben, dass der Gender-Star * für dieses Anliegen am besten geeignet ist, den Raum für mehr als nur männlich oder weiblich zu öffnen.

Netzwerktagung zu geflüchteten Frauen und Mädchen im Oktober in Göttingen

Das Thema „Gesundheitliche Versorgung geflüchteter Mädchen und Frauen“ bewegt das Netzwerk Frauen/Mädchen und Gesundheit Niedersachsen schon seit langem. Nachdem eine Tagung zu dem Thema im Mai 2016 in Oldenburg großen Anklang fand, entschlossen wir uns, das Tagungskonzept leicht abgewandelt auch für Südniedersachsen anzubieten. Diese Tagung findet nun am 25. Oktober 2016 in Göttingen statt.

Weitere Informationen unter www.gesundheit-nds.de und www.ms.niedersachsen.de

„Geflüchtete Mädchen und Frauen“

Hildegard Müller

Am 31. Mai 2016 veranstaltete das Netzwerk Frauen/Mädchen und Gesundheit Niedersachsen die Fachtagung „Geflüchtete Mädchen und Frauen – Gesundheit, Versorgung, Perspektiven“ im Kulturzentrum-PFL in Oldenburg. Die vier Trägerorganisationen – das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V., der pro familia Landesverband Niedersachsen e. V. und der SoVD-Landesverband Niedersachsen e. V. waren an der Planung und Durchführung der Tagung beteiligt. Kooperationspartner*innen waren die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Oldenburg und das Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum Region Hannover e. V.

Frau Prof. Dr. Heike Fleßner – Vorstandsvorsitzende des pro familia LV. Nds. begrüßte die Teilnehmer*innen (ca. 160 Frauen und 1 Mann) und führte – wie immer sehr gelungen – in das Thema ein.

Nachdem Karin Griese von medica mondiale mit ihrem Vortrag „Stress- und traumasensibler Umgang mit geflüchteten Frauen und Mädchen“ die Hintergründe und Grundprinzipien des gesellschaftskritischen, multisektoralen Ansatzes von medica mondiale und die Umsetzung am Beispiel der Entwicklung eines Gewaltschutzkonzeptes für Unterkünfte vorstellte, referierte Susan Bagdach zum Thema „Flucht und sexualisierte Gewalt – Folgen für betroffene Frauen und Mädchen und die, die mit ihnen arbeiten“.

Nachmittags berichtete die Hebamme Marina Weckend sehr eindrücklich über ihre Erfahrungen als Hebamme in einem Erstaufnahmezentrum in Niedersachsen und stellte dar, was notwendig ist, um eine bestmögliche Unterstützung für die geflüchteten Frauen und ihren Familien zu erreichen.

Anschließend wurden in Form eines Interviews zwei gelungene Projekte für geflüchtete Mädchen vorgestellt: Das Clearinghaus des Mädchenhauses Bielefeld und das Werder Bremen Projekt „Fitte Mädchen“.

Aufgrund des großen Erfolges findet diese Fachtagung in etwas geänderter Form am 25. Oktober 2016 auch in Göttingen statt.

Hildegard Müller, pro familia Landesverband Niedersachsen e. V.,
E-Mail: hildegard.mueller@profamilia.de

Verschreibung von Anti-Baby-Pillen der dritten und vierten Generation noch immer ungebremst!

Ursula Jeß

Seit Jahren wird verschiedentlich davor gewarnt, die Verhütungspillen der sogenannten dritten und vierten Generation derart häufig, und besonders für junge Mädchen und Frauen zu verschreiben. Für diese Präparate wird eine erhöhte Thrombose- und Embolie-Gefahr beschrieben. Das Risiko hängt mit unterschiedlichen Gestagenkomponenten zusammen.

So hat zum Beispiel die Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft im Deutschen Ärzteblatt bereits im September 2014 gewarnt: „Bei der Verschreibung von kombinierten hormonalen Kontrazeptiva sollte das Risiko für thromboembolische Ereignisse berücksichtigt werden“. Das arznei-telegramm empfiehlt Pillen der zweiten Generation und bedauert, dass trotz der Warnungen die Verordnungszahlen für in Deutschland verordnete Pillen der risikobehafteten Präparate gleichbleibend hoch sind. Hingegen sind in Frankreich und England entsprechende Untersuchungsergebnisse ernst genommen worden und die Verschreibungen sind rückläufig. In Frankreich sind diese Präparate von der Erstattungspflicht durch die Krankenkassen ausgenommen. Das arznei-telegramm hält weitere Maßnahmen zum Schutz von Frauen, die hormonell verhüten, für erforderlich. Insbesondere werden verharmlosende Äußerungen des Berufsverbandes der Frauenärzte kritisiert, und dass auf eine gute Verträglichkeit und positive Nebeneffekte (keine Gewichtszunahme) verwiesen wird.

Diesen Sachverhalt hat das Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit, dem auch unser Netzwerk Frauen/Mädchen und Gesundheit Niedersachsen angehört, zum Anlass genommen, sich mit Fragen zur Gefährlichkeit der Pillen der dritten und vierten Generation an die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e.V. (DGGG) zu wenden.

Fazit: Junge Mädchen und Frauen können nicht immer darauf vertrauen, dass sie in ihrer gynäkologischen Praxis sachgerecht und angemessen beraten werden, wenn sie sich ein Hormonpräparat zur Verhütung verschreiben lassen wollen. Es ist sinnvoll, sich nach den Unterschieden und Risiken der unterschiedlichen Präparate zu erkundigen.

Informationen dazu finden Sie im Internet unter dem Stichwort Pille dritten und vierten Generation.

Ursula Jeß, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung,
E-Mail: ursula.jess@ms.niedersachsen.de

Ärztliche Versorgung behinderter Frauen: der Handlungsbedarf ist groß

Birgit Vahldiek

Um mehr über die Bedarfe und Bedürfnisse in der gesundheitlichen Versorgung von Frauen mit Behinderung zu erfahren, hatten die Frauen des SoVD Niedersachsen am 22. April 2016 zum frauenpolitischen Frauenfrühstück die Sprecherin des Niedersächsischen Netzwerks behinderter Frauen, Heike Menzel, als Fachreferentin eingeladen. Eine Bilanz ihres Vortrags: es gibt erheblichen Handlungsbedarf!

Die Ausstattung vieler Arztpraxen ist für behinderte Menschen immer noch ein unüberwindbares Hindernis. Barrierefreiheit bleibt oft nur ein Wunsch. Dabei hätte sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention die Situation ändern müssen, denn sie ist seit 2009 auch in Deutschland rechtskräftig. Demnach muss gewährleistet sein, dass Menschen mit Behinderungen den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung haben wie Nichtbehinderte. Doch die Realität sieht anders aus. Schuld sind nicht nur räumliche Barrieren und die leidige Geldfrage, sondern vielfach auch die Barrieren in den Köpfen.

Für Frauen mit Behinderung ist der Arztbesuch oft ein Schreckensszenario nicht nur die Suche nach einer* geeigneten Gynäkolog*in, sondern vermehrt auch der Arzttermin an sich. Dieser bringt viel Stress mit sich, nicht nur für die Patientin, sondern auch für das Ärzteteam: die Behandlung ist zeitaufwändiger, sie erfordert behinderungsspezifisches Fachwissen, andere Patient*innen müssen länger warten.


In Deutschland leben über 3,5 Millionen schwerbehinderte Frauen, zwei Drittel von ihnen mit körperlichen Einschränkungen. Jedoch gynäkologische Spezialambulanzen, in denen Frauen mit Querschnittslähmung, Spastik, Multipler Sklerose und ähnlichen Handicaps Hilfe erhalten, gibt es bundesweit nur eine Handvoll. Genauso verhält es sich mit Vorsorgeuntersuchungen und Beratungen zu Verhütungsfragen und Kinderwunsch. Dieser Zustand ist unhaltbar und kann fatale Konsequenzen für die gesundheitliche Versorgung haben.

Was getan werden muss

Es muss dringend etwas getan werden. Der Zeitaufwand für die Behandlung von behinderten Menschen muss angemessen vergütet werden.

- Das medizinische Personal muss im Hinblick auf die unterschiedlichen Behinderungen sowie auf Kommunikationsprobleme qualifiziert werden.
- Die Neuzulassung von Arztpraxen muss von deren Barrierefreiheit abhängig gemacht werden.
- Alle Akteure aus Politik und Gesundheit müssen in die Pflicht genommen werden.
- Barrierefreiheit darf sich nicht auf Neu- und große Umbauten beschränken, sondern muss sich sukzessive auch auf Bestandsbauten erstrecken.

Wir SoVD-Frauen in Niedersachsen sind aktiv geworden. Wir haben Gespräche mit betroffenen Frauen geführt, mit der Politik und mit Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitswesens. Wir wollen, dass behinderte Frauen den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung haben wie Nichtbehinderte.

 Birgit Vahldiek, Stellv. Leiterin Abt. Sozialpolitik, SoVD-Landesverband Niedersachsen e. V.,
Herschelstraße 31, 30159 Hannover, E-Mail: birgit.vahldiek@sovd-nds.de

Früherkennung, Vorsorge und kostenpflichtige Zusatzleistungen

Ursula Jeß

Ein Großteil der Vorschriften des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetzes – PräVG) ist im Juli 2015 in Kraft getreten. Die schon zuvor geltende Gesundheitsuntersuchung, auch Check-up 35 genannt, soll weiter entwickelt werden und stärker gesundheitliche Risiken in den Blick nehmen. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat den Auftrag, innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des PräVG entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Über die Check-up 35-Untersuchung hinaus gibt es für Versicherte der gesetzlichen Krankenkasse etliche (Krebs-) Früherkennungsuntersuchungen sowohl für Frauen, als auch für Männer, die für bestimmte Altersgruppen angeboten und von der Krankenkasse finanziert werden.

Was bei der Gesundheitsuntersuchung „Check up“ geschieht, wann welche Krebs-Früherkennungsuntersuchungen in Betracht kommen und welche Schutzimpfungen im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkasse enthalten sind, ist zum Beispiel nachzulesen unter

www.bmg.bund.de

Themen: Früherkennung und Vorsorge

oder unter

www.kbv.de

Service: Service für Patienten

oder

www.g-ba.de/institution/themenschwerpunkte/frueherkennung/ueberblick/

Über die vorgenannten von der Krankenkasse zu finanzierenden Untersuchungen hinaus nimmt die Inanspruchnahme der Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) stark zu. Der Nutzen dieser kostenpflichtigen Zusatzleistungen ist häufig zweifelhaft. Das Wissenschaftliche Institut der AOK (Wido vom 20.März 2013) konstatiert: „Ärzte kommen ihrer Aufklärungspflicht nur ungenügend nach.“ Studien und Umfragen

zufolge werden zum Beispiel schwangeren Frauen in der vorgeburtlichen Betreuung besonders häufig Untersuchungen angeboten, die von den Mutterschaftsrichtlinien nicht gedeckt und privat zu bezahlen – sind (Gesundheitsmonitor 3/2015 Bertelsmann Stiftung). Es kann sein, dass Frauen aus dem Wunsch heraus, möglichst alle Risiken auszuschließen, bestimmte Leistungen einfordern; so zum Beispiel deutlich mehr Ultraschalluntersuchungen, als vorgesehen und notwendig sind. Auch Patient*innen mit einem guten Einkommen werden besonders häufig IGeL-Angebote gemacht.

Wichtig zu wissen ist, dass Ärzt*innen eine Beratungs- und Informationspflicht haben und Patient*innen schriftlich bestätigen müssen, dass sie eine kostenpflichtige Untersuchung / Behandlung durchführen lassen wollen.

Ob und welche IGeL-Angebote überhaupt sinnvoll sind, erfahren Sie unter www.IGeL-Monitor.de



Ursula Jeß, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung,
E-Mail: ursula.jess@ms.niedersachsen.de

Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts

Das Bundeskabinett hat im Mai 2016 die Neuregelung des Mutterschutzrechts auf den Weg gebracht. Das Mutterschutzgesetz mit wesentlichen Regelungen aus dem Jahr 1952 ist reformiert und zeitgemäß verständlicher gefasst worden. Die Arbeitswelt und die Erwerbstätigkeit von Frauen haben sich erheblich gewandelt. Dies betrifft sowohl die Berufsfelder als auch die Vorstellungen der Frauen über ihre Aufgaben in Beruf und Familie.

„Ziel ist, eine verantwortungsvolle Abwägung zwischen dem Gesundheitsschutz für eine stillende oder schwangere Frau und ihr (ungeborenes) Kind einerseits und der selbstbestimmten Entscheidung der Frau über ihre Erwerbstätigkeit und ihre Ausbildung andererseits sicherzustellen“ so der Regierungssprecher.

Das neue Mutterschutzgesetz (MuSchG) enthält Regelungen zum Gesundheitsschutz (Abschnitt 2), zum Kündigungsschutz (Abschnitt 3) und zum Leistungsrecht (Abschnitt 4).

Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich ist ausgeweitet worden. Erstmals gilt der Mutterschutz auch für Schülerinnen und Studentinnen sowie für Frauen mit Behinderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Ausserdem erfolgt eine Klarstellung, dass weitere Personengruppen unter das Gesetz fallen wie Praktikantinnen, Frauen in betrieblicher Ausbildung, Teilnehmerinnen des Bundesfreiwilligendienstes.

Schutzfrist

Die (6- wöchige) Schutzfrist vor der Entbindung bleibt erhalten. Allerdings kann sich die schwangere Frau (wie schon bisher) ausdrücklich zur Arbeitsleistung bereit erklären.

Auch die (achtwöchige Schutzfrist) nach der Entbindung bleibt bestehen. In bestimmten Fällen gelten längere Schutzfristen von 12 Wochen: bei Frühgeburten, bei Mehrlingsgeburten, und wenn bei dem Kind (vor Ablauf von acht Wochen) eine Behinderung ärztlich festgestellt wird. Damit trägt der Gesetzgeber einer höheren Belastungssituation Rechnung.

Mehr- und Nachtarbeit

Die Vorschriften zur Mehr- und Nachtarbeit bleiben überwiegend erhalten. Wenn die Schwangere zustimmt, ist künftig jedoch eine Tätigkeit zwischen 20:00 und 22:00 Uhr möglich.

Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot

Das Sonn- und Feiertagsarbeitsverbot wird gelockert. Nach § 5 MuSchG darf der Arbeitgeber künftig eine schwangere Frau unter bestimmten Voraussetzungen an Sonn- und Feiertagen beschäftigen. Wichtigste Voraussetzung ist das Einverständnis der Schwangeren.

Freistellung zum Stillen

§ 6 Abs. 2 MuSchG stellt klar, dass eine bezahlte Freistellung zum Stillen auf 12 Monate nach der Geburt des Kindes begrenzt ist.

Gefährdungsbeurteilung

Der Arbeitgeber hat die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass Gefährdungen einer schwangeren oder stillenden Frau oder ihres Kindes möglichst vermieden werden und eine unverantwortbare Gefährdung ausgeschlossen wird. Zu diesem Zweck ist eine anlassbezogene Gefährdungsbeurteilung vorzunehmen.

Ausführliche Informationen sowie Gesetzestext mit Begründung sind im Internet unter „Neues Mutterschutzgesetz“ oder ähnlichen Formulierungen zu finden. (uj, bv)



Queergesund – Gesundheitsförderung für lesbische, bisexuelle und queere Frauen*

Edith Ahmann

In der Zeit von November 2014 bis Februar 2016 hat die Universität Dortmund im Rahmen des Projektes queergesund Gesundheitsförderung für lesbische, bisexuelle und queere Frauen* eine partizipative Bedarfsermittlung durchgeführt. Ziel war es, herauszufinden, welche gesundheitlichen Themen für lesbische, bisexuelle und queere Frauen* wichtig sind. Die Ergebnisse dienen als Grundlage, um Diskussionen anzustoßen und die Anliegen lesbischer, bisexueller und queerer Frauen in der Gesellschaft zu stärken.

Die gesundheitlichen Anliegen lesbischer und bisexueller Frauen werden bisher kaum wahrgenommen und thematisiert, was dazu führt, dass es immer zu Diskriminierung in der Gesundheitsversorgung kommt. Frauen wird generell eine heterosexuelle Lebensweise unterstellt und die Partnerin wird als wichtige Bezugsperson oft nicht wahrgenommen.

Bedauerlicherweise gibt es nahezu keine Gesundheitsinformationen, Präventions- oder Gesundheitsangebote speziell für diese Zielgruppe.

„Frauen, die Frauen lieben und mit Frauen leben, wird in unserer Gesellschaft immer noch nicht derselbe Respekt und dieselbe Anerkennung für ihre Lebensweise zuteil wie heterosexuell lebenden Menschen. Diskriminierung durch Dritte ist besonders

in der Gesundheitsversorgung fatal, weil sich Menschen, die auf gesundheitliche Hilfe angewiesen sind, in einer besonders verletzlichen Situation befinden.“ (Prof. Dr. Dennert)

Zur Weiterführung des Projektes gibt es am 17. und 18. Februar 2017 eine Transfer- und Perspektiventagung an der Fachhochschule Dortmund mit dem Titel „Partizipation schafft Gesundheit Strategien zur Gesundheitsförderung für lesbische, bisexuelle und queere Frauen*“

Informationen und Newsletter finden Sie unter www.fh-dortmund.de/de/fb/8/personen/lehr/dennert/103020100000324451.php



Edith Ahmann, Frauen- und MädchenGesundheitsZentrum Region Hannover e. V.,
E-Mail: info@fmgz-hannover.de

Evangelische Frauen
in Deutschland e.V.



Verbände kritisieren BGH-Entscheidung

„Als hätten Intersexuelle kein Geschlecht“

Die Bundesverbände Intersexuelle Menschen e. V. und Evangelische Frauen in Deutschland e. V. (EFiD) kritisieren das gestern bekannt gewordene Urteil des Bundesgerichtshofes zur Ablehnung eines dritten Geschlechts für intersexuelle Menschen. „Niemand bestreitet, dass es intersexuelle Menschen gibt, nur offiziell werden darf es nicht“, sagt Lucie Veith, Vorstand des Bundesverband Intersexuelle Menschen e. V. Dass das Personenstandsregister seit 2013 erlaube, die zugewiesene Geschlechtsidentität ‚weiblich‘ oder ‚männlich‘ streichen zu lassen, reiche nicht aus. „Da bleibt dann eine Leerstelle – als hätten intersexuelle Menschen kein Geschlecht!“ Jeder Mensch habe jedoch das verfassungsgemäße Recht auf die Anerkennung der eigenen Geschlechtsidentität. „Dieses Recht wird Intersexuellen verweigert und ihre Würde mit Füßen getreten“, so Veith.

„Das aktuelle BGH-Urteil ist eine Form der Diskriminierung“, sagt EFiD-Vorsitzende Susanne Kahl-Passoth. Es sei Aufgabe der Kirche, dazu beizutragen, Vorurteile abzubauen und Diskriminierung zu bekämpfen. „Jedem Menschen ist seine Geschlechtlichkeit als gute Gabe geschenkt worden. Intersexuelle sind doch keine Schöpfungspanne Gottes“, so die Theologin.

Im September soll eine Verfassungsbeschwerde gegen das BGH-Urteil eingereicht werden – der Bundesverband Intersexuelle Menschen e. V. und die Evangelischen Frauen in Deutschland begrüßen diesen Schritt.

(Pressemitteilung vom 05. August 2016)

Lucie Veith, Vorsitzende des Bundesverbandes Intersexuelle Menschen e. V.,
E-Mail: vorstand@intersexuelle-menschen.net, Internet: www.im-ev.de

Susanne Kahl-Passoth, Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland e. V. (EFiD)
E-Mail: aktuell@evangelischefrauen-deutschland.de,
Internet: www.evangelischefrauen-deutschland.de

Das „Netzwerk Krisen rund um die Geburt Hannover“ hat jetzt eine Homepage

Hier erhalten betroffene Frauen,
Angehörige und Fachleute Zugang zu

- Informationen über Angebote in der Region Hannover
- Behandlungsmöglichkeiten
- Unterstützungsangebote



www.krise-geburt.de

Förderung der natürlichen Geburt

Gutes Bauchgefühl im Nordwesten von Niedersachsen

Julia Bast

Welche Bedingungen sind hilfreich zur Förderung einer natürlichen Geburt? Mit diesem Thema befasst sich seit Ende 2015 ein berufs- und institutionsübergreifender offener Arbeitskreis in der Region Leer/Papenburg. Nach einer Auftaktveranstaltung für die von Sozialministerin Cornelia Rundt initiierte Kampagne „Förderung der natürlichen Geburt“ mit rund 85 Teilnehmenden haben sich 30 Interessierte unter der Federführung des Niedersächsischen Sozialministeriums zur Weiterarbeit zusammengefunden. Das Vorhaben zielt darauf ab, mit verschiedenen Bausteinen die Zusammenarbeit der in der Geburtshilfe Tätigen zu verbessern. Dazu gehören der Blick auf die Kommunikation untereinander, die kritische Auseinandersetzung mit geburtshilflichen Routinen sowie Bewertungen und Sprachregelungen in Bezug auf die Schwangerschaft genauso wie der Kontakt zu niedergelassenen Gynäkolog*innen sowie die Zusammenarbeit mit freiberuflichen Hebammen. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das Vertrauen von schwangeren Frauen in ihre Gebärfähigkeit gestärkt werden kann.

Die Teilnehmenden kommen aus den geburtshilflichen Abteilungen des Klinikums Leer, des Borromäus-Hospitals Leer sowie aus dem Marienhospital Papenburg-Aschendorf. Hervorzuheben ist, dass sich die drei Cheförzte mit weiteren Ärzt*innen der geburtshilflichen Abteilungen gemeinsam mit Hebammen aus den drei Kliniken aktiv einbringen. Eine Einbeziehung der Niedergelassenen ist bisher nicht gelungen.

Der Arbeitskreis trifft sich einmal im Quartal, um Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu besprechen. Zunächst standen Informationen und Anregungen im Mittelpunkt, so zum Beispiel ein Vortrag des Teams vom Evangelischen Krankenhaus Oldenburg und eine Fortbildung „Interventionsarme Geburtshilfe – was tue ich, wenn ich nichts tue?“ von Dr. Christiane Schwarz. Im nächsten Schritt werden Kleinarbeitsgruppen zu einzelnen Fragen diskutieren, zum Beispiel: Kontakte herstellen zu niedergelassenen Gynäkolog*innen; Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit; Verständigung auf Zusammenarbeit der drei Kliniken.

Informationen zur Förderung der natürlichen Geburt:

www.bauchgefuehl.niedersachsen.de

Julia Bast, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung,
E-Mail: julia.bast@ms.niedersachsen.de

Anhörung zur Situation der Hebammen in der Region Hannover

Am 25. August 2016 fand im Haus der Region eine Anhörung zur Situation und Zukunft der Hebammenarbeit in der Region statt. Die Ausschüsse für Gleichstellung und Integration sowie Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit hatten geladen.

Neun Expert*innen zeichneten ein besorgniserregendes Bild: die Altersstruktur der Hebammen lasse Probleme vermuten, wie der Bedarf in den nächsten Jahren gedeckt werden kann. Schwangere müssten schon jetzt eine Reihe von Hebammen kontaktieren, um eine Betreuung zugesagt zu bekommen. Die Geburtshäuser seien überfüllt. Besonders die Situation der freiberuflichen Hebammen verschlechtere sich zunehmend. Die Ausbildung von Hebammen decke den Bedarf nicht.

Frauen bekämen kaum Informationen von den Gynäkolog*innen, dass ihnen eine Hebamme zustehe. Durch die Überlastung der Hebammen in den Kliniken verlören Frauen das Vertrauen in die eigene Kraft. Sozial benachteiligte Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund würden nach der Geburt besonders früh aus den Kliniken entlassen – ohne Informationen zum Stillen und zum Umgang mit dem Kind.

Über die Ausbildungssituation sprachen mehrere Expert*innen bei der Anhörung.: Die Hebammenausbildung sei schon immer eine Bildungssackgasse gewesen. Dies müsse sich ändern. Die Ausbildung müsse von den Fachschulen an die Hochschulen verlegt werden. Dabei dürften Hebammenstudiengänge nicht privaten kostenpflichtigen Hochschulen überlassen bleiben. Konkret wurde ein grundständiger Studiengang in Hannover gefordert.

Die Ausschüsse, die zur Anhörung geladen hatten, werden über geeignete Maßnahmen beraten. Unterlagen zur Anhörung werden demnächst auf der Website http://regions-sitzungsinform.hannit.de/bi/si018_a.asp?GRA=48299 zu finden sein. (us)



Aufruf

Selbstbestimmt Kinderkriegen kinderleicht gemacht!

Forderung nach einer qualitätsvollen und verlässlichen Geburtshilfe in der Region Hannover

Wir als (zukünftige) Eltern wünschen uns in Bezug auf die Versorgung rund um die Geburt vor allem Sicherheit, Geborgenheit und eine gute Betreuung. Wir wünschen uns eine nach den Vorstellungen und Wünschen der werdenden Eltern gerichtete Geburt. Doch die derzeitigen Entwicklungen lösen eher Verunsicherung und Sorge aus: Das Recht, den Geburtsort des Kindes frei zu wählen, ist mittlerweile stark eingeschränkt und die Hebammenversorgung in Hannover ist insgesamt gefährdet.

Wir wollen:

- Selbstbestimmung durch Vielfalt: Hausgeburten, Geburtshäuser und klinische Geburtshilfe müssen gleichermaßen gestärkt werden, damit Eltern tatsächlich eine Wahl haben, wenn es um die Geburtsorte ihrer Kinder geht,
- kurze Wege zu den geburtshilflichen Angeboten,
- eine individuelle Betreuung: Für die 1:1-Betreuung durch eine Hebamme unter der Geburt muss ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden.

Frauen haben in Deutschland den Anspruch auf Hebammenhilfe während Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und Stillzeit. Und sie haben das Recht, den Geburtsort ihres Kindes frei zu wählen. Die Rahmenbedingungen dafür haben sich auch in Hannover in den vergangenen Jahren verändert, insbesondere durch die Schließung und Zusammenlegung von Geburtsstationen: Seit 2013 wurden in der Region Hannover zwei Geburtsstationen geschlossen, für 2018 ist die Zusammenlegung der Geburtsstationen der Diakoniekrankenhäuser in einem Entbindungszentrum mit über 3000 Geburten pro Jahr am Standort Auf der Bult geplant.

Darüber hinaus spielen auch bundesweite Entwicklungen eine Rolle: So hat sich die wirtschaftliche Situation der freiberuflichen Hebammen in den letzten Jahren durch die steigende Haftpflichtprämie so sehr verschärft, dass viele Hebammen mittlerwei-

le aufgegeben haben und auch die Vor- und Nachsorge durch Hebammen in Gefahr ist. Auch die Arbeitsbedingungen der in der klinischen Geburtshilfe tätigen Hebammen haben sich immens verschlechtert. Zudem gibt es in der Region Hannover kaum noch Beleghebammen mit vertraglicher Bindung an eine Klinik, Hausgeburten werden nur noch von vereinzelt Hebammen begleitet und die Hebammen im Geburtshaus sind aufgrund der vielen Anfragen überlastet.

Wir appellieren an die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure in Bund, Land und Region sowie in Krankenkassen und Krankenhäusern sich für eine verlässliche und qualitätsvolle Geburtshilfe in der Region Hannover einzusetzen, damit für die Frauen eine selbstbestimmte Geburt (wieder) möglich wird.

Dominik Bertrams, Hannover, Susanne Boehm, Historikerin, Hannover, Sören Creutzig, Hannover, Claudia Froböse, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Hannover, Christine Ivanov, Sozialarbeiterin, Hannover, Friederike Kämpfe, Gleichstellungsbeauftragte, Hannover, Carolin Kolbe, Politologin, Hannover, Richard Kolbe, Hannover, Marta Krajnovic, freie Fotografin, Hannover, Dr. Ilka Sommer, Soziologin, Hannover, Maren Tinz, freie Redakteurin, Hannover, Eva Vojinovic, Sozialwissenschaftlerin, Hannover, Imke Weihmann, Hannover, Stefanie Weuffen, Sozialwissenschaftlerin, Hannover

www.selbstbestimmt-kinderkriegen.de

Migrantinnengruppe Ottersberg „Ressourcen und Potenziale stärken“

Marianne Tjarks

Der Beginn

Die Frauenberatungsstelle Verden ist seit Jahren in der Beratung für Frauen im Landkreis Verden tätig. Unter dem Dach der Frauenberatung befinden sich die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung und die psychosoziale Beratung bei häuslicher Gewalt und deren Folgen, Trennung und Scheidung, Kriseninterventionen und Sozialberatung.

Nach Anfrage des Landkreises entwickelte die Frauenberatung Verden im Herbst 2011 ein Projekt für Migrantinnen im Sozialraum Ottersberg.

Ein Hauptanliegen unserer Arbeit ist die Stärkung von Frauen in Krisensituationen; insofern passte ein Projekt, das auf die Stärkung der Potenziale und Ressourcen von Migrantinnen zielt, gut in das Konzept der Frauenberatung Verden e. V.

Im Mai 2012 nahmen 20 Migrantinnen – vornehmlich - türkisch - kurdischer Herkunft – im Alter von 17-60 Jahren teil. Daraus entwickelte sich ein regelmäßiges wöchentliches Treffen von 10-12 Migrantinnen, betreut von unseren Mitarbeiterinnen Marianne Tjarks und Cornelia Wolf-Becker.

Die Inhalte

Wir arbeiteten mit 4 aufeinander aufbauenden Modulen zu den Themen Gesundheit, Sozial- und Gesundheitswesen und Beruf. Jedes Modul wurde an vier aufeinander folgenden Vormittagen durchgeführt.

Schwerpunkte waren Wissensvermittlung, praktischen Erfahrungen und Austausch von eigenen Erfahrungen. Themen waren z. B. Ernährung, Bewegung, Schwangerschaft, Vorstellung des Sozial- und Gesundheitssystems, migrationsspezifische Aspekte bei der Berufswahl, Bewerbungstraining, Besuch von Betrieben und Institutionen.

Die Themenbereiche wurden von den Frauen sehr positiv aufgenommen, insbesondere der geschützte Raum führte zu einem intensiven Austausch.

Wie es weiterging

Ab 2013 wurden die Module von Einzelberatungen und Hilfen abgelöst:

- bei der Spracherwerbsvermittlung,
- Erstellen von Bewerbungsunterlagen
- bei Anträgen zur Existenzsicherung.
- Unterstützung bei Ausländerrechtsangelegenheiten, Beantragung und Verlängerungen
- Kriseninterventionen bei Trennung und Scheidung, häuslicher Gewalt und Krankheit,

sowie Unterstützung bei der Suche nach einem Therapieplatz, insbesondere für traumatisierte Frauen.

In Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Verden wurde ab Mai 2013 ein einjähriger Integrationskurs für die Migrantinnen angeboten, die einen Abschluss für ihre weitere Integration (Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft, berufliches Weiterkommen) benötigten.

Die Arbeit des Migrantinnenprojektes in Ottersberg hat sich im Laufe des Jahres 2015 an die aktuelle Flüchtlingssituation angepasst. Parallel zur wöchentlichen Beratungszeit entstand ein Sprachcafé für Frauen, geleitet von ehrenamtlichen Frauen und Integrationslotsinnen. Das ursprüngliche Gruppenangebot wurde zur Einzelberatung weiter entwickelt, Migrantinnen haben oftmals multiple Problematiken, die sich gegenseitig bedingen. Migrantinnen leisteten bei Neuankömmlingen Übersetzungshilfe. Die Beratungsthemen deckten den gesamten Alltag der Frauen ab: Unterstützung bei Behördenanträgen zum Bildungspaket, Anträge nach ALG 2, ausländerrechtliche Fragen, Wohnungsprobleme, Kriseninterventionen bei häuslicher Gewalt sowie vielfältige Gesundheitsfragen.

Mit Hilfe des Projektes „Worte helfen Frauen“, des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung können wir notwendige DolmetscherInnen für die psychosoziale Beratung angemessen vergüten.

Eine Kooperation und Vernetzung mit anderen Institutionen war für unsere Arbeit unerlässlich, zum Beispiel mit der Internationalen Frauengruppe Ottersberg, der AG Integration Verden, der Caritas Verden, mit Arbeit im Landkreis Verden -ALV, mit den Integrationslotsen, der Gemeinde Ottersberg sowie in Bremen mit dem Projekt Frauengesundheit Osterholz-Tenever und dem Verein Refugio.

Resümee

Die Anfangszeit war geprägt von Beziehungsarbeit und Vertrauen schaffenden Maßnahmen. Dies war ein hochsensibler Bereich, da die Migrantinnen – zum Teil durch Erfahrungen in ihren Heimatländern – ein großes Misstrauen gegenüber Behörden hatten. Hinzu kam mangelnde interkulturelle Kompetenz der Behörden.

Weitere Themenbereiche kamen hinzu. Die Migrantinnen kämpften mit mangelnden Sprachkenntnissen, existenziellen Problemen, ausländerrechtlichen Problemen wie z. B. die Duldung.

Eine Herausforderung des Projektes bestand darin, die Frauen zu motivieren, dabei-zubleiben. Dies konnte nur mit einem hohen personellen Aufwand geleistet werden.

Viele der Frauen waren zwar schon seit etlichen Jahren in der BRD, konnten aber größtenteils nur gebrochen Deutsch sprechen. Verpflichtungen der Ausländerbehörde, einen Integrationskurs zu besuchen, wurden entweder nicht wahrgenommen oder frühzeitig abgebrochen. Da es aber eine Grundvoraussetzung ist, um beruflich tätig zu werden bzw. sich fortzubilden, begannen wir Anfang 2013, in Zusammenarbeit mit der KVHs einen Integrationskurs für Frauen in Ottersberg zu initiieren. Dafür war eine Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde und der ALV unerlässlich. Viele Gespräche mit den Frauen, zum Teil mit Übersetzung, waren nötig um die Motivation aufrecht zu erhalten. Ebenso war ein direkter Kontakt zu den Behörden und mitwirkenden Einrichtungen wichtig. Verschwundene Originale von Verpflichtungsschreiben mussten aus der Versenkung geholt, Finanzierungsfragen geklärt, familiäre Hindernisse überwunden und behördliche Anforderungen erfüllt werden.

Der Integrationskurs konnte am 22.Mai 2013 mit 12 überwiegend türkisch-kurdischen Frauen starten. Alle Frauen erhielten einen Abschluss. Einige von ihnen nahmen an einem Folgekurs „Fit für den Beruf“ in Verden teil. Ein Fortgeschrittenenkurs in Deutsch für Migrantinnen konnte bereits im Januar starten und läuft seitdem erfolgreich mit 7 Frauen. Außerdem bleibt außerordentlich wichtig, das regelmäßige Treffen (montags von 9.30 - 11.30 Uhr) in einem geschützten Raum für akute Fragen und Hilfestellungen bereit zu halten.

Projekt der Frauenberatung Verden e.V. für die Arbeit mit Migrantinnen von 17 bis 60 Jahre mit Hilfebezug SGB II, SGB XII und AsylbLG im Flecken Ottersberg / Landkreis Verden
Marianne Tjarks, E-Mail: frauenberatung-verden@t-online.de

Die Erzählcafés

Edith Ahmann

Vom 1.1.-31.12.2015 fand bundesweit eine Erzählcafé-Aktion statt. Jede*r konnte mitmachen und selbst ein Erzählcafé veranstalten. Initiiert haben die bundesweite Erzählcafé-Aktion „Der Start ins Leben“ Hebammen für Deutschland e.V. und Dr. Stefanie Schmid-Altringer, Ärztin und Wissenschaftsjournalistin.

Anliegen der Erzählcafés ist es, das Dilemma der heutigen Geburtshilfe deutlich zu machen und gleichzeitig etwas Positives, Stärkendes und Ermutigendes dagegensetzen.

Erzählcafés übernehmen in einer hochtechnisierten und anonymisierten Geburtshilfe die Funktion des direkten Austauschs und persönlicher Unterstützung. Die Weitergabe von Erfahrungswissen und tradierten Bräuchen in Schwangerenbegleitung und Geburtshilfe durch Großmütter, Mütter und Hebammen besteht so nicht mehr – nicht zuletzt durch massive Einsparungen und explodierende Kosten für die Hebammen durch hohe Versicherungsbeiträge.

Erzählcafés möchten helfen, einen Start ins Leben mit Vorfreude, dem Gefühl von Geborgenheit und Angstfreiheit zu ermöglichen. Dazu sind alle Bürgerinnen und Bürger von 0-100 Jahren eingeladen, sich durch das Erzählen ihrer Geburtsgeschichte einzubringen, Fragen zu stellen oder zuzuhören und sich auszutauschen. Dieses niedrigschwellige Angebot eignet sich auch für Schulklassen, Migrant*innen und Flüchtlinge.

Nähere Informationen zu der bundesweiten Aktion finden Sie unter: <http://erzaehlcafe.net>:

Weitere Kooperationspartner*innen sind auch in 2016 herzlich willkommen.

Ein Erzählcafé in Hannover

Das Erzählcafé „Der Start ins Leben“ fand im November 2015 in den Räumlichkeiten des Stadtteilzentrums Nordstadt e. V. statt. Organisiert wurde es vom Frauen- und MädchenGesundheitsZentrum, Notruf Mirjam und dem Netzwerk Krisen rund um die Geburt. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Stiftung Leben und Umwelt/Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen durchgeführt.

Es fanden sich 20 Frauen als Gäste zum Erzählcafé in gemütlicher Runde zusammen. An insgesamt drei Tischen mit den Schwerpunkten

- Kaiserschnitt
- Hebammen und Gynäkologie
- Generationen /Zeitzeuginnen

wurde intensiv diskutiert und sich ausgetauscht. Spannend waren die Tischrunden, die dreimal rotierten, durch die Vielzahl an unterschiedlichen Frauen. Das Moderationsteam bestand aus zwei Hebammen, zwei Zeitzeuginnen, einer Ärztin und einer Expertin aus der Kaiserschnittstelle. Die Gäste waren Schwangere, Mütter mit kleinen Kindern, ältere Frauen, beruflich und privat Interessierte.

Bei Kaffee, Tee und Keksen wurden die wichtigsten Erkenntnisse sowie Wünsche und Forderungen auf den Tischdecken zusammengeschrieben.

Gefordert wurde:

- Positive Berichterstattung über Geburten in den Medien
- Weniger Pathologisierung von Schwangerschaft und Geburt
- Informationspflicht der Gynäkolog*innen zur Hebammenbetreuung vor und nach der Geburt
- Die Selbstbestimmung der Frauen muss gestärkt werden. Die Frauen sollten ermuntert werden, eigenmächtige Entscheidungen zu treffen. Weniger Wahrheiten und Dogmen von außen
- Mehr Zeit bei Klinikgeburten, eine Hebamme sollte nicht mehrere Gebärende gleichzeitig begleiten
- Hebammen gestützte Kreißsäle
- Bessere Beratung und Aufklärung (Kaiserschnitt wird zu früh als Option angeboten, nicht alle Frauen wissen, dass sie während der ganzen Schwangerschaft und danach das Recht auf eine betreuende Hebamme haben)
- Orientierung nicht am wirtschaftlichen Gewinn, sondern am Wohl der Mutter und des Kindes
- 1 zu 1 Betreuung von Anfang bis Ende – Hebamme muss Hauptbezugsperson sein
- Nachsorge muss besser werden

Kritisch gesehen wurden unter anderem

- Zeitprobleme in der Klinik. Die Ernüchterungskultur in der Klinik
- Kaiserschnittquote ist unnatürlich hoch

Spannend war auch der Bericht einer Hebamme aus den Niederlanden, die von den Unterschieden in Deutschland und den Niederlanden erzählte. In den Niederlanden ist die Geburt von Anfang bis Ende „in einer Hand“. Durch die verschiedenen Ärzt*innen und Hebammen vor und während der Geburt werden die Frauen in Deutschland oft verunsichert. Auch die vielen vorgeschlagenen Untersuchungen im Mutterpass oder die Pränataldiagnostik tragen zur Verunsicherung der Frauen bei. Hinzu kommen negative Beispiele aus den Medien und der Familie. Es fehlt oft ein positiver Umgang mit dem Geburtserlebnis.



Edith Ahmann, Frauen- und MädchenGesundheitsZentrum Region Hannover e. V.,
E-Mail: info@fmgz-hannover.de

Pillenflyer

Die Pille ist die häufigste Form der hormonellen Verhütung. Die tägliche Einnahme ist für die meisten Frauen so selbstverständlich wie das tägliche Zähneputzen. Es ist jedoch ein verschreibungspflichtiges Medikament, welches bei gleichzeitiger Einnahme von anderen Medikamenten möglicherweise die Wirkung verliert. Auf diese Gefahren sollten Frauen gesondert und regelmäßig hingewiesen werden. (jb)

Der Pillenflyer „Die Pille... und was Sie beachten sollten“, der Frauen sensibilisiert, kann beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung bei Julia Bast, E-Mail: julia.bast@ms-niedersachsen.de angefordert werden.

Wechseljahre – praktische Begleitung für diese Lebensphase

Sie befinden sich in den Wechseljahren, stehen kurz davor oder haben bei sich schon einige Symptome bemerkt? Dann ist die Broschüre des Feministischen Frauengesundheitszentrums (FFGZ) Berlin „Wechseljahre – praktische Begleitung für diese Lebensphase“ genau das Richtige für Sie. Sie bietet eine hilfreiche, leicht verständliche, umfassende und vor allem pharma-unabhängige Informationsquelle. Unter anderem behandelt sie den Umgang mit den ersten Anzeichen und Beschwerden, Lebensstiländerungen, die Hormonbehandlung, aber auch Knochengesundheit und Osteoporose. Weiterhin enthält sie darüber hinaus Tipps für weiterführende Literatur und Links zu interessanten Internetseiten. (jb)

Sie umfasst 112 Seiten, kostet 8 Euro plus Versandkosten und ist direkt beim Feministischen FrauenGesundheitsZentrum e. V. (FFGZ) oder über den Buchhandel mit der ISBN-Nummer 978-3-93766-60-4 zu bestellen. E-Mail: info@ffgz.de, Internet: www.ffgz.de

clio 82

Im Mai 2016 erschien die clio 82 mit dem Schwerpunkt „Krebsfrüherkennung“, unter anderem zu der aktuellen Diskussion in der Vorsorge und Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs, Gebärmutterkörperkrebs, Darmkrebs, Darmgesundheit, neues Präventionsgesetz. (us)

Zu beziehen über das Feministische FrauenGesundheitsZentrum e. V. (FFGZ),
E-Mail: info@ffgz.de, Internet: www.ffgz.de

Gewalt unter der Geburt

Gewalt in der Geburtshilfe ist akzeptierter Behandlungsstandard und völlig tabuisierte Gewaltform. Die Rede ist von unnötig vielen und brutal durchgeführten vaginalen Untersuchungen, verweigerten Schmerzmitteln, nicht genehmigter Genitalverstümmelung, von medizinisch unnötigen Kaiserschnitten, von Eingriffen ohne Betäubung und angeschnallten Frauen.

Kernstück des Buches sind die Berichte von Müttern, Hebammen, Hebammenschülerinnen und -studentinnen. Auch ein Vater kommt zu Wort. Die Autorin beschreibt die Folgen der Gewalterfahrungen unter der Geburt und gibt Hinweise, wie sich Schwangere auf die Geburt vorbereiten und sich dabei schützen können. (us)

Christina Mundlos: *Gewalt unter der Geburt. Der alltägliche Skandal.* Tectum Verlag, Marburg, 2015, 211 Seiten, ISBN 978-3-8288-3575-7, 16,95 Euro

Christina Mundlos ist auf Lesereise und wird gerne zu Lesungen eingeladen.

www.tectum-verlag.de/tectum-lesetipp/gewalt-unter-der-geburt.html

Christina Mundlos, Autorin & freie Journalistin, *Gewalt unter der Geburt - Regretting Motherhood, Muttermythos - Schönheitsideal - Familienpolitik*

Holteistraße 7, 30175 Hannover, Tel: 0511-85066911, E-Mail: Christina.Mundlos@gmx.de

Web: www.christina-mundlos.de

Facebook: www.facebook.com/Christina-Mundlos-690223961108236/timeline/

Datum / Ort	Titel	Information
25. Oktober 2016 Göttingen	Geflüchtete Mädchen und Frauen – Gesundheit, Versorgung, Perspektiven	www.gesundheit-nds.de
28. Oktober 2016 Hannover	Psychische Störungen, Gender und Stigma: Welche Konsequenzen ergeben sich für Beratung und Psychotherapie? Fachtagung der Fachgruppe Frauen der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie e. V. (DGVT)	www.dgvt.de www.gesundheit-nds.de
04. November 2016 Hannover	Die gesellschaftliche Herstellung von Geschlecht, Dr. Heinz Jürgen Voß Vortrag	Andersraum e. V. in Kooperation mit dem FMGZ Region Hannover e. V.; www.fmgz-hannover.de
04. November 2016 Bochum	3. Fachforum: Betrifft: Jung gesund!? Fachveranstaltung zu den Handlungsbedarfen und –feldern der gesundheitlichen Versorgung von heranwachsenden Jungen und Mädchen.	Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit NRW www.frauenundgesundheit-nrw.de
05.-06. November 2016 Essen	Herkunft – Ankunft – Zukunft: Neue Herausforderungen für Frauen und Gesundheit AKF-Jahrestagung	www.akf-info.de/portal/tagungen/akf-jahrestagungen/
10.11.2016 Verden	Depression – traumatisch bedingte Krise? Wege aus dem psychischen Tief Dr. Sabine Gapp-Bauß, Fachveranstaltung	www.frauenberatung-verden.de
14. November 2016 Hannover	Gesundheitliche Folgen der modernen Kriege, Dr. Angelika Voß Vortrag	Frauen- und MädchengesundheitsZentrum Region Hannover e. V., www.fmgz-hannover.de
01. Dezember 2016 Hannover	„Häusliche Gewalt früher sehen“	Landespräventionsrat Niedersachsen in Kooperation mit Nds. Innenministerium, Nds. Kultusministerium und Nds. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
17.-18. Februar 2017 Dortmund	Partizipation schafft Gesundheit – Strategien zur Gesundheitsförderung für lesbische, bisexuelle und queere Frauen Transfer- und Perspektiventagung	Informationen unter www.fh-dortmund.de/de/fb/8/personen/lehr/denert/103020100000324451.php
01.-04. März 2017 Dresden	Das Eigene und das Fremde Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Psychosomatische Frauenheilkunde und Geburtshilfe e. V.	http://dgpfg-kongress.de/programmvorschau.html

Fragen, Kritik oder Anregungen?

Dr. Ute Sonntag
Landesvereinigung für Gesundheit und
Akademie für Sozialmedizin
Niedersachsen e.V.
Fenskeweg 2
30165 Hannover

ute.sonntag@gesundheit-nds.de

Ursula Jeß
Nds. Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung
Gustav-Bratke-Allee 2
30169 Hannover

ursula.jess@ms.niedersachsen.de

Birgit Vahldiek
SoVD-Landesverband
Niedersachsen e.V.
Herschelstr. 31
30159 Hannover

birgit.vahldiek@sovd-nds.de

Hildegard Müller
pro familia
Landesverband Niedersachsen
Lange Laube 14
30159 Hannover

hildegard.mueller@profamilia.de